

Sitzung vom 4. März 2020

200. Postulat (Zielgerichtetes Umweltmanagement für die kantonale Verwaltung)

Kantonsrätin Stefanie Huber, Dübendorf, Kantonsrat Daniel Sommer, Affoltern a. A., und Kantonsrätin Sonja Gehrig, Urdorf, haben am 6. Januar 2020 folgendes Postulat eingereicht:

Der Regierungsrat wird gebeten, in einem Bericht die Einführung und Umsetzung eines Umweltmanagements in der kantonalen Verwaltung darzulegen. Dabei sollen die relevanten Umweltauswirkungen der einzelnen Abteilungen angegangen werden unter Berücksichtigung von Aufwand, Umweltauswirkungen und Kosteneinsparungen. Anzustreben ist eine zentrale Koordination mit einer Umsetzung in allen Abteilungen.

Begründung:

Die Koordinationsstelle für Umweltschutz (KofU) übernimmt bereits einige Aufgaben eines Umweltmanagements für die Verwaltung (bspw. Rapportierung Kennzahlen im KEF).

Jedoch ist uns keine systematische Bearbeitung der Umweltauswirkungen bekannt – was immer wieder auch zu Vorstössen zu Einzelaspekten führt, die mit den Zielsetzungen eines Umweltmanagements (UMS) sinnvoller abgedeckt wären.

Die Umsetzung des UMS soll eine Standortbestimmung / Relevanzanalyse in den einzelnen Direktionen / Abteilungen auslösen und Massnahmenvorschläge generieren, um die ökologisch relevanten Auswirkungen anzugehen. Wichtig ist, dass alle Direktionen / Abteilungen das Umweltmanagement und ihren spezifischen «ökologischen Impact» angehen. D.h. dass nicht nur bei der KofU, sondern auch dezentral Verantwortlichkeiten definiert, Massnahmen erarbeitet werden sowie nach der Kosten-Nutzen-Abwägung entsprechend Budget zur Verfügung gestellt wird.

Es soll nicht um ein UMS auf dem Papier gehen, sondern um konkrete Massnahmen in den Abteilungen. Ein umfassendes UMS à la ISO 14001 oder EMAS wird in diesem Sinne nicht als notwendig angesehen. Die KofU soll die Umsetzung sicherstellen und weiterhin eine koordinierende und informierende Rolle übernehmen, was Weiterbildungen und Informationsmaterial, Beschaffungsthemen oder die Berichterstattung angeht. Der Bericht soll aufzeigen, wie das Umweltmanagement in den Direktionen und die Koordination durch die KofU in Zukunft spielen sollen.

Aufbauend auf den Kennzahlen der KofU sollen von Anfang an Aufwände, Einsparungen bei Kosten und Umweltauswirkungen erfasst und kommuniziert werden.

Auf Antrag der Baudirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Zum Postulat Stefanie Huber, Dübendorf, Daniel Sommer, Affoltern a. A., und Sonja Gehrig, Urdorf, wird wie folgt Stellung genommen:

Das Anliegen, als kantonale Verwaltung darzulegen, wie sie in ihrem Alltagsgeschäft die Umwelt schützt und die natürlichen Ressourcen schont, ist berechtigt und nachvollziehbar. Angesichts der Vorreiter- und Vorbildfunktion der öffentlichen Hand ist eine transparente Berichterstattung über die Anstrengungen, die eigenen Umweltauswirkungen zu verringern, erstrebenswert. Aufgrund der Vielfalt der Tätigkeiten, welche die kantonale Verwaltung ausführt, soll der Schwerpunkt der Massnahmen auf den Handlungsfeldern mit dem grössten «ökologischen Impact» liegen. Auf diese Weise sollen Ressourcen gebündelt und der Zeit- und Kostenaufwand optimiert werden. Vor dem Hintergrund einer Abwägung von Kosten und Nutzen erscheint der notwendige Aufwand zur Errichtung eines Umweltmanagements über alle Ämter und Abteilungen hinweg als überaus hoch.

Die Koordinationsstelle für Umweltschutz (KofU) übernimmt bereits einige Aufgaben eines Umweltmanagements für die Verwaltung. Zur Erfolgskontrolle der Massnahmen im Bereich Betriebsökologie mit den Haupttätigkeiten «Ökologische Beschaffung» und der «Förderung des Umweltbewusstseins innerhalb der kantonalen Verwaltung» werden ausgewählte Kennzahlen erfasst. Einzelne Ämter, beispielsweise das Hochbauamt und das Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft, haben bereits ein zertifiziertes Umweltmanagementsystem. Dementsprechend werden schon heute Anstrengungen im Sinne der im Rahmen des Postulats verlangten Massnahmen unternommen. Die KofU wird in den nächsten Monaten prüfen, wo die bestehende Berichterstattung zu den Umweltkennzahlen ergänzt, gebündelt und in geeigneter Form dargestellt werden kann. Im Unterschied zu einer umfassenden und systematischen Bearbeitung der Umweltauswirkungen liegt der Fokus dabei auf bestimmten klimarelevanten Aspekten.

Aus diesen Gründen beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat, das Postulat KR-Nr. 2/2020 abzulehnen.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Baudirektion.

Vor dem Regierungsrat

Die Staatsschreiberin:

Kathrin Arioli